

# Standorte Windenergieanlagen – demokratische Legitimation?

Zum Leserbrief „Vorrangflächen Windkraft sind demokratisch legitimiert“ vom 7. September 2019 nach OP-Berichterstattung „Standpunkt“:

Wörtlich heißt es hier: Durch Berichterstattung wurde ein Bild entworfen als lebten wir in einem Willkürstaat, in dem eine herrschende Staatspartei – in diesem Fall die Grünen – nach dem Beliebigkeitsprinzip entscheidet, auf welchem Hügel ein Windkraftpark platziert wird oder nicht.

Dieser Eindruck ist in den letzten Jahren tatsächlich entstanden. Wider besseres Wissen freilich. Aber dennoch nicht grundlos und ausgelöst durch das Verhalten der regierenden Parteien, die scheinbar in vorausweisendem Gehorsam alles durchwinken, was auch nur grün schimmert.

Vielleicht ist es auch etwas anderes – nämlich die Angst davor, noch mehr Stimmen zu verlieren und bloß das (Regierungs-)Zepter nicht aus der Hand geben zu müssen. In diesem Falle ist es nur Opportunismus.

Auf Grund dieser unsäglich-Entwicklung richten subventionierte Abmahnvereine enormen volkswirtschaftlichen Schaden an und die einseitige



Windräder drehen sich vor dem Abendhimmel bei Teuchern.

Archivfoto: Jan Woitas/dpa

Politik baut einen unvorteilhaften Druck auf, um eine völlig überhastete Energiewende zu schaffen, der wir die schlimmen Konsequenzen für unseren Wald verdanken.

Zu der in dem Leserbrief geforderten Recherche in puncto Findungsprozess zur Ausweisung von Standorten muss ich sagen, dass die Aufzählung der Details einer Agenda und der beteiligten Parteien nicht viel aussagen. Erst recht nicht, wenn man weiß, dass die Entscheider der beteiligten Parteien zum Zeitpunkt der Abstimmungen alles andere als gut informiert waren.

Berücksichtigt man dann noch Gegebenheiten in Genehmigungsverfahren, wo nicht die umfangreichen Ausarbeitungen zum (echten) Umweltschutz,

nämlich bezüglich der Tiere und Pflanzen in den geplanten Gebieten, durchgearbeitet werden und lediglich Zusammenfassungen die Grundlage für Entscheidungen sind, dann darf man sich fragen, ob hier nicht der Selbstzweck regiert.

„Demokratisch legitimiert“ ist also das, was am Ende übrig ist – dann ist ja alles in bester Ordnung. Auch wenn der Weg zu der demokratischen Legitimation geprägt ist von ideologischer Zielführung und Selbstzweck, soll die Legitimation selbst als absolut und unumstößlich gelten. Es wird Zeit, dass wir (die Bürger) zeigen, dass solche Entscheidungen ohne unsere tatsächliche Beteiligung nicht getroffen werden dürfen.

Matthias Horst,  
Lohra